

Niederschrift der 35. Ratssitzung vom 22.02.2018

Ort: Aula der Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str. 33, 06526
Sangerhausen

Tag: 22.02.2018

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:50 Uhr

Anwesenheit: Oberbürgermeister Herr Sven Strauß und 29 Stadträte

Herr Thomas Klaube	CDU
Herr Udo Lucas	CDU
Frau Regine Römmisch	CDU
Herr Holger Scholz	CDU
Frau Regina Stahlhacke	CDU
Herr Reinhard Windolph	CDU

Frau Daniela Hahn	DIE LINKE.
Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.
Frau Christine Kümmel	DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.
Herr Günter Prause	DIE LINKE.

Herr Dr. Ernst-Hubert Axthelm	B.I.S. / FBM
Herr Mike Bösel	B.I.S. / FBM
Frau Gesine Liesong	B.I.S. / FBM
Herr Klaus Peche	B.I.S. / FBM
Herr Raik Polster	B.I.S. / FBM
Herr André Reick	B.I.S. / FBM

Herr Siegmar Hecker	BOS
Herr Volker Kinne	BOS
Herr Bert Mrozik	BOS
Frau Monika Rauhut	BOS
Herr Helmut Schmidt	BOS
Herr Gerhard von Dehn Rotfelser	BOS

Frau Christine Block	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Norbert Jung	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Arndt Kemesies	SPD / DIE GRÜNEN

Herr Harald Oster	FDP
-------------------	-----

Herr Harald Koch	fraktionslos
------------------	--------------

entschuldigt fehlten:

Herr Volker Schachtel	CDU
Herr Frank Schmiedl	CDU
Herr Andreas Skrypek	CDU
Frau Eva-Maria Kotzur	DIE LINKE.
Frau Antje Rödiger	SPD / DIE GRÜNEN

verspätet erschienen:	Frau Karoline Spröte Herr Mario Milde	DIE LINKE. FDP	16:07 Uhr 16:11 Uhr
vorzeitiges Verlassen:	Herr Raik Polster Herr Norbert Jung Frau Regina Stahlhacke Frau Regine Römmisch Frau Daniela Hahn Herr Siegmär Hecker Herr André Reick	B.I.S. / FBM SPD / DIE GRÜNEN CDU CDU DIE LINKE. BOS B.I.S. / FBM	18:00 Uhr 18:40 Uhr 19:10 Uhr 19:13 Uhr 19:15 Uhr 19:24 Uhr 19:36 Uhr
sachkundige Einwohner:	Herr Veit Baeske Herr Heiko Blesse Herr Peter Dietrich Frau Ilka Gädke Herr Ralph Kujawski Frau Ulrike Lange Herr Ulrich Mannheim Herr Eberhard Nothmann Herr Mario Pastrik Frau Iris Reiche Frau Katrin Scheffel Frau Martina Schneidewind Herr Frank Hans Schulze Herr Axel Sell Herr Ringo Siebert Frau Ilona Wienhold Frau Inge Windolph		
Ortsbürgermeister:	Herr Tim Schultze	OT Wettelrode	
stellv. Ortsbürgermeister:	Herr Helmut Hahnas	OT Obersdorf	
Stadtverwaltung:	Herr Jens Schuster Herr Matthias Knobloch Herr Mario Bößenroth Frau Brigitte Franke Frau Annette Brenneiser Frau Karin Schiller Frau Simone Jung	Fachbereichsleiter Finanz- und Personalverwaltung Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen stellv. Fachbereichsleiter Bürgerservice Referentin Wirtschaftsförderung Referentin Organisation und Wahlen SB Referat Ratsbüro SB Referat Ratsbüro	
Tagungsleitung:	Herr Arndt Kemesies	1. Vertreter des Vorsitzenden des Stadtrates	

Tagesordnung gemäß Einladung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung von Niederschriften**
 - 3.1 Genehmigung der Niederschrift der 33. Ratssitzung vom 02.11.2017
 - 3.2 Genehmigung der Niederschrift der 34. Ratssitzung vom 07.12.2017

- 4. Bericht des Oberbürgermeisters**
- 5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
- 6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
 - 6.1 Abberufung, Berufung und Verpflichtung sachkundiger Einwohner nach §§ 41, 47 Abs. 1 und 49 KVG LSA und Feststellung der Mitgliedschaft durch Abstimmung des Stadtrates
 - 6.2 Abberufung des stellvertretenden Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Horla/Rotha innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen aus dem Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit
 - 6.3 Berufung des Ortswehrleiters und des stellv. Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Horla/Rotha innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit
 - 6.4 Berufung des stellv. Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr der Ortschaft Wolfsberg innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit
 - 6.5 Bestimmung des 1. Stellvertreters für die Vertretung der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes "Südharz"
 - 6.6 Einsatz der im Haushalt 2018 geplanten finanziellen Mittel zur Realisierung von LEADER Projekten in den Ortsteilen
 - 6.7 Satzung der Stadt Sangerhausen über die Erhebung der Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung)
 - 6.8 Widmung der Wilhelm-Schmied-Straße in Sangerhausen
 - 6.9 Schließung des Jugendraumes in Morungen
 - 6.10 Umgestaltung Ernst-Thälmann-Straße im Rahmen des Programms Stark V
- 7. Beratungsgegenstand in nichtöffentlicher Sitzung**
 - 7.1 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz
- 8. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der 1. Vertreter des Vorsitzenden des Stadtrates, Herr Arndt Kemesies eröffnet die 35. Stadtratssitzung und begrüßt den Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister und ihre Stellvertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

Beschlussfähigkeit: Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 29 Stadträte und der Oberbürgermeister sind anwesend.

Öffentlichkeit: Die TOP 1. - 6.10 und 8. werden in öffentlicher Sitzung behandelt.
Die TOP 7. - 7.1 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Kemesies:

"Die Verwaltung schlägt folgende Änderungen und eine Erweiterung der Tagesordnung vor.

- Der **TOP 6.1**

Abberufung, Berufung und Verpflichtung sachkundiger Einwohner nach §§ 41, 47 Abs. 1 und 49 KVG LSA und Feststellung der Mitgliedschaft durch Abstimmung des Stadtrates

wird sich auf die Abberufung eines sachkundigen Einwohners beschränken.

- Der **TOP 6.5**

Bestimmung des 1. Stellvertreters für die Vertretung der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz

wird zurückgezogen.

- Der **TOP 6.6**

Einsatz der im Haushalt 2018 geplanten finanziellen Mittel zur Realisierung von LEADER Projekten in den Ortsteilen

wird getrennt für die Ortsteile Grillenberg und Oberröblingen mittels 2 Beschlussvorlagen (TOP 6.6.1 und TOP 6.6.2) beraten und abgestimmt.

- Der **TOP 6.10**

Umgestaltung Ernst-Thälmann-Straße im Rahmen des Programms STARK V

soll nicht als Beschlussvorlage, sondern als Informationsvorlage behandelt werden.

- Um folgende dringende Angelegenheit im nichtöffentlichen Teil wird die Tagesordnung erweitert.

TOP 7.1 Annahme eines Vergleiches

Nachfolgender Punkt verschiebt sich entsprechend.

Gemäß § 2 Abs. 2 der *Geschäftsordnung für den Stadtrat, seine Ausschüsse und für die Ortschaftsräte der Stadt Sangerhausen* ist die Zustimmung der Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl des Stadtrates erforderlich, um die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil, um eine dringende Angelegenheit zu erweitern."

Abstimmung über die Erweiterung der Tagesordnung mit der Beschlussvorlage zum TOP 7.1

Ja-Stimmen	=	30
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung einstimmig bestätigt.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Ja-Stimmen	=	30
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die geänderte Tagesordnung einstimmig bestätigt.

Glückwünsche zum Geburtstag

Der 2. Vertreter des Vorsitzenden des Stadtrates, Herr Oster und Herr Strauß gratulieren Herrn Arndt Kemesies im Namen der Stadträte nachträglich zu seinem Geburtstag.

16:07 Uhr
Frau Spröte kommt = 31

3. Genehmigung von Niederschriften

3.1 Genehmigung der Niederschrift der 33. Ratssitzung vom 02.11.2017

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen	=	31
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Niederschrift einstimmig genehmigt.

3.2 Genehmigung der Niederschrift der 34. Ratssitzung vom 07.12.2017

Herr Peche betont im Namen seiner Fraktion, dass es sich um eine der wichtigsten Sitzungen im Jahr handelt, in der der Haushalt beschlossen wird. Im Punkt vor der Haushaltsdiskussion (Bebauungsplan IPM) ist fast alles so wiedergegeben, wie es gesagt wurde. Danach wurden zum Haushalt und zum Haushaltskonsolidierungskonzept die Statements der einzelnen Fraktionen abgegeben. Diese sind wichtig in der Rats- und der gesamten politischen Arbeit. Vom Redebeitrag seiner Fraktion wurde nur ein Satz niedergeschrieben. Es ist wichtig festzuhalten, dass beispielsweise von der B.I.S./FBM-Fraktion folgendes gesagt wurde. "Mit uns gibt es niemals eine Schließung des Museums." Das steht nicht in der vorliegenden Niederschrift. Es ist jeweils nur ein Satz von den einzelnen Fraktionen enthalten. Laut Geschäftsordnung sind wesentliche Inhalte wiederzugeben. "Wenn das jetzt gang und gäbe wird, müssten wir uns laut Geschäftsordnung jedes Mal melden und verlangen, dass das ins Protokoll aufgenommen wird." Die alte Verfahrensweise sollte beibehalten werden, sodass das Wesentliche der einzelnen Reden in die Niederschrift aufgenommen wird.

Herr Kemesies fragt, ob das nachgetragen werden soll.

Herr Strauß erklärt, dass die Verwaltung den Tagesordnungspunkt 3.2 *Genehmigung der Niederschrift der 34. Ratssitzung vom 07.12.2017* zurückzieht. Es wird alles Wesentliche nachgetragen und die Niederschrift erneut in die 36. Ratssitzung eingebracht.

4. Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht wurde vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 23.02.2018 zugeschickt.

16:11 Uhr
Herr Milde kommt = 32

5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Mrozik, BOS-Fraktion

Herr Mrozik stellt fest, dass der Oberbürgermeister in seinem Bericht einen Sachstandsbericht 2017 für die Stadt Sangerhausen und Wippra und einen Ausblick 2018 gegeben hat. Er möchte in der nächsten Stadtratssitzung einen Sachstandsbericht für das Jahr 2017 und einen Ausblick für das Jahr 2018 für die 13 Ortsteile der Stadt Sangerhausen haben.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß konnte keine Frage vernehmen und reagiert auf die Bitte folgendermaßen. Klarstellend weist er darauf hin, dass die finanzielle Lage der Stadt sehr wohl die Ortsteile betrifft. Auch Bürgerinnen und Bürger, die in den Ortsteilen wohnen, dürfen den Mängelmelder nutzen und der Politische Aschermittwoch war nicht nur eine Veranstaltung für die Kernstadt.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Mrozik, BOS-Fraktion

Herr Mrozik konkretisiert sein Anliegen, bei dem es ihm um den Beitrag 'Sanierung in der Stadt Sangerhausen' geht. Er weist darauf hin, dass die Eigenanteile aus dem städtischen Haushalt kommen. Aus diesem Grund sollte dargestellt werden, was in der Zeit für die Ortsteile getan wurde und was noch gemacht wird.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß bedankt sich für die Anregung.

Wortmeldung der Stadträtin Frau Liesong, B.I.S./FBM - Fraktion

Frau Liesong hat 2 Anliegen. 1.) bedankt sie sich für die Veranstaltung in Eisleben, die sie sehr gut fand. Traurig war sie aber darüber, dass die Sangerhäuser Feuerwehr nicht dabei war. Die anderen Feuerwehren waren alle da. Sie hofft, dass die Veranstaltung etwas bewirkt. 2.) spricht sie das Thema Thälmannstraße an, das heute mittels einer Informationsvorlage behandelt wird. Sie hat Schilder mit der Aufschrift "Wir leben!" mitgebracht und überreicht diese dem Oberbürgermeister. Nach der Maßnahme möchte sie für jeden einzelnen Baum, der gerettet werden konnte, das Schild zurück.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß bedankt sich.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Klaube, CDU-Fraktion

Herr Klaube erklärt als Stadtwehrleiter, warum die Sangerhäuser Feuerwehr nicht in Eisleben dabei war. Im letzten Jahr hat die Feuerwehr der Kernstadt ein Feuerwehrfahrzeug im Wert von 400 T€ erhalten und in diesem Jahr wird es ein zweites neues Auto geben, das genauso teuer ist. Geplant ist auch noch etwas in einem Ortsteil. Er schätzt ein, dass die Sangerhäuser Feuerwehr gut ausgestattet wurde und sich deshalb nicht mit einem neuen Feuerwehrauto dort hinstellen muss.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß stellt klar, dass er als Oberbürgermeister bzw., dass die Stadtverwaltung, der Feuerwehr Sangerhausen (Kernstadt und Ortsteile) weder verboten noch angewiesen hat, an der Veranstaltung teilzunehmen. Das stand soweit in der freien Entscheidung der Wehrleitung.

Wortmeldung der Stadträtin Frau Römmisch, CDU-Fraktion

Frau Römmisch möchte auf einen Missstand hinweisen. Es geht um den oberen Spielplatz, links neben der Bäckerei Hollmann. Als Kinder auf dem Spielplatz spielten, beobachtete sie, dass ein Auto dort entlang fuhr. Laut Beschilderung ist nur für Fußgänger und Radfahrer freier Zugang. Sie weist darauf hin, dass an der Sackgasse der Poller fehlt und aus diesem Grund auch Autos dort entlang fahren können. Das ist sehr gefährlich für die dort spielenden Kinder. Man sollte darauf achten, dass die Poller wieder aufgestellt oder die Findlinge in den Weg geschoben werden.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß versichert, dass der Sachverhalt geprüft wird. In letzter Zeit wurden dort verstärkt Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt. Bei Pollern, Findlingen und Absperrungen müssen die Auswirkungen genau untersucht werden, sodass z.B. Rettungszuwegungen nicht beeinträchtigt werden.

Anfragen des Stadtrates Herrn Jung, SPD / DIE GRÜNEN-Fraktion

Herr Jung macht 1.) auf die Erleichterungen bei der Ausweisung von 'Tempo 30- Zonen' aufmerksam. In Sangerhausen gibt es diese vor Kitas und Schulen noch nicht flächendeckend. Er fragt, ob es Überlegungen gibt, in der Stadt solche Zonen auszuweisen. 2.) traf sich der Arbeitskreis 'Digitales Ratsinfo-System' regelmäßig, bis vor ca. anderthalb Jahren. Das System funktioniert seines Erachtens wunderbar. Damals gab es die Intention, gegebenenfalls die Ratspost auf 'papierlos' umzustellen. Er fragt nach dem derzeitigen Diskussionsstand und ob das Thema noch aktuell ist.

Antworten des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß antwortet, dass es 1.) zur weiteren zusätzlichen Einrichtung von 'Tempo 30- Zonen' momentan keine konkreten Überlegungen gibt. 2.) wurde über das Ratsinfo-System schon seit längerer Zeit mehrfach diskutiert. Die Dokumente stehen den angemeldeten Nutzern des Systems vollständig zur Verfügung. Um tatsächlich die Ratsarbeit elektronisch leisten zu können, wäre es erforderlich, dass sich die Gesamtheit des Rates dazu bekennt und es tatsächlich auch nutzt. Nach seinem Kenntnisstand konnte man sich darüber nicht einigen. Wichtig ist, dass die Zustellung zum Zeitpunkt der Öffnung, elektronisch dokumentiert wird. Ein Stückwerk strebt er nicht an, da es ineffizient in der Arbeit des Ratsbüros ist. Momentan kann das Ratsinfo-System vollumfänglich genutzt und somit papierlos gearbeitet werden.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Kotzur, Fraktion DIE LINKE.

Herr Kotzur betont, dass der Politische Aschermittwoch in Eisleben eine wichtige Veranstaltung war. Er hofft, dass die Aktion nicht regional begrenzt bleibt und sich andere Kommunen in anderen Landkreisen anschließen. Er bittet darum, mit anderen Kommunen über den Landkreis hinaus, diesbezüglich Kontakt aufzunehmen. An Herrn Klaube gerichtet, weist er darauf hin, dass es kein Argument ist, nur weil man gut ausgestattet ist, mit anderen keine Solidarität zu üben. Er achtet die Freiwilligen Feuerwehren und schätzt das, was dort geleistet wird, sehr hoch ein. Durch ein solches auseinanderdividieren wird aber die eigene Arbeit negiert.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Koch, fraktionslos

Herr Koch widerspricht 1.) Herrn Strauß bezüglich des Ratsinformationssystems und weist darauf hin, dass es noch nicht vollumfänglich digital zu nutzen ist, weil z.B. die Vorlagen nicht als pdf-Dateien sondern als html-Vorlagen eingestellt sind. Beim Druck sehen diese vollkommen anders aus. Das ist äußerst wichtig, bis hin zur Archivierung. Es wurde viel erreicht, aber das System ist noch sehr unvollständig. Als positives Beispiel nennt er die Internetseite der Stadt Halle. Es muss noch viel getan werden und das kostet auch Geld. 2.) hat ihn die Protestveranstaltung in Eisleben sehr emotional berührt. Er macht darauf aufmerksam, dass das Problem nicht nur auf den Landkreis Mansfeld-Südharz reduziert ist, sondern deutschlandweit existiert. Es geht nicht um Fördermittel. "Wir brauchen eine nachhaltige Finanzausstattung, d.h. höhere Schlüsselzuweisungen." Wenn das nicht passiert, wird nichts erreicht. "Wir müssen wirklich Druck machen."

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß stellt zu 1.) eine Verständnisfrage. Die Digitalisierung ist noch nicht vollständig, weil es nicht möglich ist, das Digitale auf Papier auszudrucken und abzuheften? Seines Erachtens ist der Sinn folgender. Es sollte etwas digitalisiert werden, um es nicht ausdrucken zu müssen.

Anfrage des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.

Herr Hüttel erinnert an die Übersicht bzw. das Dokument zur sozialen Entwicklung der Stadt Sangerhausen, welches von der Lenkungsrunde erarbeitet und in der letzten Sitzung des Schul- und Sozialausschusses gezeigt wurde. Zur Zeit hat die Stadt 19.500 Einwohner. 8 Prozent der Bevölkerung der Kernstadt nutzen die 'Tafel'. Die Zahl der Insolvenzen steigt ständig. Trotz Bevölkerungsrückgang gibt es keinen Rückgang der Empfänger von SGB II, Hartz IV oder Grundsicherung. Vor ein paar Jahren sind diese Dinge ebenfalls durch die Lenkungsrunde zur Sprache gekommen. Er fragt, was der Oberbürgermeister mit seiner Verwaltung versuchen will, um etwas dagegen zu unternehmen. "Nehmen wir uns dieses Themas an oder passiert es genau wie vor 4 Jahren? Wir nehmen es zur Kenntnis und machen weiter?"

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß bemerkt, dass Herr Hüttel Mitglied der Lenkungsrunde ist und die Diskussion aufmerksam verfolgt hat. Die soziale Struktur in der Stadt ist ein Problem, das bewegt. Auch aus diesem Grund gibt es solche Lenkungsunden. Es ehrt ihn, dass man annimmt, er als Oberbürgermeister könnte jetzt 3 bis 4 konkrete Maßnahmen vorstellen, mit denen man die Probleme vollumfänglich lösen kann. Er korrigiert die Angabe von Herrn Hüttel und erklärt, dass sich die genannte Einwohnerzahl auf die Einwohner der Kernstadt Sangerhausen bezieht. Seines Erachtens gehören die Ortsteile der Stadt dazu.

Nachfrage des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.

Herr Hüttel möchte lediglich wissen, ob an dem Thema weiter und vor allem regelmäßig gearbeitet wird.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß antwortet, dass im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung alles getan wird, was möglich ist. Die Mittel eines Oberbürgermeisters, einer Verwaltung und des Stadtrates sind in der Gesamtheit der Probleme begrenzt. Über politische Aktivitäten in Parteien und Organisationen sollte versucht werden, die Gesamtsituation in Deutschland positiv zu prägen. In der Verwaltung werden hauptsächlich die Symptome (Schuldnerberatung, Suchtberatung etc.) bearbeitet. Herr Strauß ist sehr gern bereit, Vorschläge und Ideen, die sich im realistischen Rahmen bewegen, aufzunehmen. In Eisleben wurde gut verdeutlicht, dass die

bestehenden Probleme nur dadurch angegangen werden können, indem man gemeinsam zusammensteht und auch Schwächere fördert und nicht einen gegen den anderen ausspielt. Die Zusammenarbeit im Rahmen des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes wird definitiv fortgesetzt.

Wortmeldungen des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S./FBM - Fraktion

Herr Peche kommt 1.) auch noch einmal auf den Politischen Aschermittwoch in Eisleben zurück. Aus seiner Sicht war das eine sehr gelungene Aktion. "Respekt vor allen Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und den Mitarbeitern der Verwaltungen, dass sie sich so weit herausgelehnt haben, um dem Land Paroli zu bieten. Das war nicht nur Aschermittwoch. Das war die Wahrheit. Hier sieht man, wie weit wir finanziell am Ende sind, dass es schon so weit ist, dass die Kraft so groß wird, dass sich alle zusammentun, weil es nicht so weitergehen kann." Der Aufstieg der Luftballons war bewegend. Auch der Stadtrat sitzt hier, um die Zukunft zu gestalten. In seiner Fraktion kamen Anregungen und Gedanken dahingehend auf, dass unabhängig von der Ratsarbeit, ein sogenannter Rats-Stammtisch eingeführt werden sollte. D.h., dass man sich in ungezwungener Form in regelmäßigen Abständen trifft (Rat, Verwaltung, Presse, Bürger) um bestimmte Sachen zu besprechen und sich näher zu kommen. Es gibt noch große Kommunikationsprobleme zwischen der Kernstadt und den Ortsteilen. Er bittet alle Fraktionsvorsitzenden darum, sich diesbezüglich mit ihren Fraktionen zu beraten und den Ratsvorsitzenden, dass er die Sache aufnimmt, zusammen mit den Fraktionsvorsitzenden in die Wege leitet und federführend agiert. Es geht darum, gemeinsam das eine oder andere anzuregen, das in Hinblick auf die viele Ratsarbeit, auf eine andere Basis gebracht werden kann. 2.) spricht er das seit Jahren diskutierte Thema: Kaufland an. Man sieht gerade jetzt, dass sich hier etwas bewegt. Er erinnert, daran, dass dort immer noch eine Bürgerschaft offen ist. Es wird jetzt neu gebaut. Die involvierten Mitarbeiter der Stadtverwaltung hätten den Oberbürgermeister darauf hinweisen können, bevor eine positive Stellungnahme zum Bau abgegeben wurde, dass alles geklärt wird, was mit der Bürgerschaft zu tun hat, damit der Investor diese Pläne und Vereinbarungen, die er eingegangen ist, auch wirklich erfüllt. Dazu möchte er in der nächsten Ratssitzung eine Aussage.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß wird den Vorgang prüfen und innerhalb der Verwaltung darüber beraten.

16:58 Uhr - Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE

Anfrage des Bürgers Herrn Andreas Gehlmann, Sangerhausen, OT Riestedt, Brauhausgasse 4

Herr Gehlmann spricht die Spielplätze innerhalb der Kindertageseinrichtungen an. In der Riestedter Kita sind mehrere Spielgeräte gesperrt. Er fragt, wie es diesbezüglich insgesamt in den Ortsteilen von Sangerhausen aussieht und ob der Zustand vergleichbar ist, mit dem in Riestedt. "Welche konkreten Maßnahmen sehen Sie vor, die gesperrten Geräte wieder instand zu setzen bzw. zu ersetzen?"

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß antwortet, dass der Zustand der Spielgeräte in den Einrichtungen der Kernstadt und der Ortsteile der Stadt Sangerhausen sehr unterschiedlich ist. Dieser hängt im Wesentlichen vom Zeitpunkt der ursprünglichen Errichtung, von zwischenzeitlichen Reparaturen, Neuerrichtungen u.ä. ab. Aus diesem Grund ist keine Antwort möglich, die zugleich für alle Einrichtungen in der Stadt gilt. Es ist zu unterscheiden, zwischen 'geplant' und 'gewünscht'. Der Wunsch aller ist natürlich, dass alles in den bestmöglichen Zustand versetzt und sogar noch ausgebaut und erweitert wird. Geplant ist, dass im Rahmen der viel zu begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel, das ermöglicht wird, was machbar ist und mit möglichst geringem Mitteleinsatz das Maximum herausgeholt wird. D.h., dass die Spielgeräte,

die jetzt schon gesperrt sind, zuerst an die Reihe kommen. Versucht wird außerdem, sinnvoll zu investieren, um vorhandene Spielgeräte zu erhalten. Es ist zu hoffen, dass es mit einem genehmigten Haushalt gelingt, Schritt für Schritt den Investitionsstau der Stadt Sangerhausen abzuarbeiten.

Wortmeldung des Bürgers Herrn Axel Sell, Sangerhausen, Hüttenstraße 24

Herr Sell geht es um den Parkplatz an der Maschinenfabrik. Dieser ist dermaßen durchlöchert, dass man einen Achsenbruch befürchten muss. Es ist angebracht, die großen Löcher mit Schotter zu verfüllen, damit der Parkplatz wieder als solcher genutzt werden kann.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß nimmt die Anregung entgegen.

Anfrage der Bürgerin Frau Iris Reiche, Sangerhausen, OT Lengefeld, Lengefelder Tal 24

Frau Reiche möchte wissen, wie lange es noch ungefähr mit dem Bau der Abwasserleitung in Richtung Wettelrode dauert und wie die Straße danach wieder hergerichtet wird.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß informiert, dass diese Frage in erster Linie der Wasserverband Südharz zu beantworten hat. Er kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht die konkrete Bauplanung benennen. Soweit ihm bekannt ist, wurden Anwohnerversammlungen durchgeführt. Er hofft, dass die Straße wieder in einem verkehrssicheren Zustand versetzt wird. Über den derzeitigen Zustand ist er selbst negativ überrascht. Man muss tatsächlich Bedenken haben, nicht in den Gräben abzurutschen. Da die Maßnahme eine Aufgabe des Wasserverbandes ist, kann er die Frage nicht beantworten.

Anfrage der Bürgerin Frau Kerstin Tacke, Sangerhausen, Ernst-Thälmann-Straße 28

Frau Tacke fragt, 1.) in welcher Planungsphase sich das Projekt: Ernst-Thälmann-Straße befindet. 2.) interessiert sie, warum die Ernst-Thälmann-Straße in ihrer Funktionalität umgebaut werden soll und nicht nur repariert oder saniert wird und warum Fußwege, die in einwandfreiem Zustand sind, weggerissen werden sollen. Zu den Gründen möchte sie genauere Angaben.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß bittet Frau Tacke, ohne auf die Geschäftsordnung des Stadtrates verweisen zu wollen, der weiteren Sitzung beizuwohnen. Genau zu dieser Thematik wurde eine Informationsvorlage in die Sitzung eingebracht. Herr Knobloch wird bei diesem Tagesordnungspunkt kurz auf das Bauvorhaben eingehen.

17:05 Uhr - Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE

6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

6.1 Abberufung eines sachkundigen Einwohners nach den §§ 41, 47 Abs. 1 und 49 KVG LSA

Herr Kemesies:

"Herr Stefan Klaube (FDP - Fraktion) hat aus persönlichen Gründen die ehrenamtliche Tätigkeit als sachkundiger Einwohner zum 31.12.2017 niedergelegt. Herr Klaube war im Finanzausschuss tätig."

Abstimmung über die Abberufung:

Ja-Stimmen	=	32
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss-Nr.: 1- 35/18

Damit ist Herr Klaube als sachkundiger Einwohner abberufen.

6.2 Abberufung des stellvertretenden Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Horla/Rotha innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen aus dem Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit

Herr Bößenroth begründet die Beschlussvorlagen der TOP 6.2 und 6.3 im Zusammenhang. Die Kameraden der Ortsfeuerwehr Horla/Rotha und der Kamerad der Ortsfeuerwehr Wolfsberg können an der heutigen Sitzung leider nicht teilnehmen und bekommen zu einem späteren Zeitpunkt vom Oberbürgermeister die Berufungsurkunden feierlich überreicht.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Peche, stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Die Ortschaftsräte von Horla und Rotha stimmten der Beschlussvorlage zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt, Herrn Marcus Reiche als stellvertretenden Ortswehrleiter der Ortsfeuerwehr Horla/Rotha mit Wirkung vom 22.02.2018 abuberufen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	32
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-35/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag der Beschlussfassung

6.3 Berufung des Ortswehrleiters und des stellv. Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Horla/Rotha innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit

Begründung: (siehe TOP 6.2)

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Peche, stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Die Ortschaftsräte von Horla und Rotha stimmten der Beschlussvorlage zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt, dass mit Wirkung vom 22.02.2018 Herr Marcus Reiche zum Wehrleiter und Herr Ringo Bolze zum stellvertretenden Wehrleiter der Ortsfeuerwehr Horla/Rotha für den Zeitraum von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit berufen wird.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	32
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-35/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag der Beschlussfassung

6.4 Berufung des stellv. Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr der Ortschaft Wolfsberg innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit

Begründung: Herr Bößenroth

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Peche, stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Der Ortschaftsrat Wolfsberg stimmte der Beschlussvorlage zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt, dass mit Wirkung vom 22.02.2018 Herr Olaf Kaschner zum stellvertretenden Wehrleiter der Ortsfeuerwehr Wolfsberg für den Zeitraum von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit berufen wird.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	32
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-35/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag der Beschlussfassung

6.5 Bestimmung des 1. Stellvertreters für die Vertretung der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Wasserbandes "Südharz"

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen. (siehe TOP 2.)

6.6 Einsatz der im Haushalt 2018 geplanten finanziellen Mittel zur Realisierung von LEADER- Projekten in den Ortsteilen

Der TOP wird getrennt für die Ortsteile Grillenberg und Oberröblingen mittels 2 Beschlussvorlagen (TOP 6.6.1 und TOP 6.6.2) beraten und abgestimmt. *Die einzelnen Beschlussvorlagen wurden vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 23.02.2018 zugeschickt.*

6.6.1 Einsatz der im Haushalt 2018 geplanten finanziellen Mittel zur Realisierung von LEADER- Projekten im Ortsteil Oberröblingen

Begründung: Frau Franke

In den Ausschusssitzungen wurde die Beschlussvorlage des TOP 6.6 insgesamt beraten und über den Beschlussantrag folgendermaßen abgestimmt.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Peche, stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage des TOP 6.6 mit 8 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage des TOP 6.6 mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage des TOP 6.6 mit 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Der Ortschaftsrat Oberröblingen stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt, von den im Haushaltsplan 2018 für LEADER Projekte veranschlagten 60.000 €, 9.486,20 € als Zuschuss für die Erneuerung des Mühlrades im Ortsteil Oberröblingen einzusetzen.

Gleichzeitig stimmt der Stadtrat den außerplanmäßigen Auszahlungen unter dem Produkt 28100100 – Heimat- und sonstige Kulturpflege, Sachkonto 01410000 – Immaterielle Vermögensgegenstände aus geleisteten Zuwendungen, Maßnahmenummer 281001M00001 in Höhe von 37.944,79 € für die Erneuerung des Mühlenrades im Ortsteil Oberröblingen zu. Die Deckung erfolgt in Höhe von 28.458,59 € aus dem Produkt 28100100 – Heimat- und sonstige Kulturpflege Sachkonto 231100000 – Sonderposten aus Zuwendungen, Maßnahmenummer 281001M00001 in Höhe von 9.486,20 € aus dem Produkt 51100100 – Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Sachkonto 01410000 - Immaterielle Vermögensgegenstände aus geleisteten Zuwendungen, Maßnahmenummer 511001M00010.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	32
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-35/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

6.6.2 Einsatz der im Haushalt 2018 geplanten finanziellen Mittel zur Realisierung von LEADER- Projekten im Ortsteil Grillenberg

Begründung: Frau Franke

Stellungnahmen der Ausschüsse (siehe TOP 6.6.1)

Der Ortschaftsrat Grillenberg stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Herr Kinne erklärt, dass die Maßnahme nicht nur für das Waldbad, sondern auch für den gesamten Freizeitkomplex von Bedeutung ist. 2016 wurden mit Mitteln aus dem Zukunftsfonds und mit Unterstützung von Frau Kümmel und Herrn Oster der Caravanplatz und der Campingplatz gebaut. Es sind sehr viele Besucher zu verzeichnen. Das Bad selbst, ist nicht nur für Grillenberg. Die Masse der Besucher kommt aus den umliegenden Ortsteilen und aus der Kernstadt Sangerhausen. Der gesamte Freizeitkomplex ist auch Anziehungspunkt für Sportvereine, Feuerwehrgruppen u.ä.. Der Schwimmsportverein Sangerhausen hat bereits Interesse angemeldet und die DRK-Wasserwacht führte schon Veranstaltungen durch. Der Komplex liegt im Zentrum der Laufrunde um das Bergwerk und im letzten Jahr fanden die Crosslauf-Meisterschaften statt. Herr Kinne informiert über geschichtliche Daten vom Bau 1938, über die Sanierung 1954, bis zum derzeitigen schlechten baulichen Zustand. Ursprüngliche Zielstellung war eine Aufbereitungsanlage (ca. 1,5 Mio.€ brutto). Da LEADER nur bis zu einer Summe von 300 T€ fördern kann, wurde eine abgespeckte Variante ohne Aufbereitungsanlage favorisiert. Voraussetzung ist, dass die vorgeschriebenen Wasserwerte täglich erreicht und nachgewiesen werden. Er erklärt die einzelnen Bauphasen durch die, die erforderliche Durchströmung und somit die vorgeschriebenen Werte erreicht werden. Die Zustimmung wurde erteilt. Die Unterlagen liegen derzeit zur Baugenehmigung vor. Er bittet um

Zustimmung, da die Maßnahme dazu beitragen soll, die touristische Entwicklung im Südharz, auch für die Stadt Sangerhausen voranzutreiben.

Herr Peche weist darauf hin, dass das ehrenamtliche Engagement bei der Gestaltung des Freizeitkomplexes Hochachtung verdient. Wenn das Ehrenamt überall so praktiziert wird, kann viel erreicht werden. Er gibt aber zu bedenken, dass Beschlüsse gefasst wurden. Zum Haushalt 2018 wurde z.B. beschlossen, Einzelbeschlüsse zu fassen. Ein Punkt davon, war der Bäderzuschuss. Es sollte der 1. vor dem 2. Schritt gegangen werden, damit man genau weiß, was man will, wie es weitergehen soll und was in den folgenden Jahren passiert. Es wurde im Stadtrat beschlossen, dass die Bäder bzw. die Vereine im Jahr 30 T€ Zuschuss erhalten. Seine Fraktion ist dafür, dass so viel wie möglich dort hingehet, aber es muss an den Haushalt und alles was damit zu tun hat, gedacht werden. Es ist nicht klar, was passiert, wenn demnächst eine andere Bestimmung der Kreisverwaltung zur Wasseraufbereitung in Kraft tritt. Es kann so weit gehen, dass jetzt das Geld zur Verfügung gestellt wird und kurz darauf das Bad schließen muss. "Wenn alles rechtlich richtig abgelaufen ist, sind wir die Ersten, die dafür sind. Aber unter den Voraussetzungen, dass wir nicht wissen, ob die Genehmigung der Kreisverwaltung immer bestehen bleibt (die wir schriftlich sehen wollen) und wir keine weiteren Zuschüsse haben, können wir nicht zustimmen. Zuerst sollte der Einzelbeschluss zur Bäderbezuschussung gemäß Haushaltskonsolidierungskonzept gefasst werden, deshalb stellen wir den Antrag auf 1. Lesung."

Herr Kemesies gibt Herrn Kinne noch einmal das Wort.

Herr Peche fragt, ob Herr Kinne zur Thematik überhaupt reden darf.

Herr Kemesies stellt klar, dass Herr Kinne Mitglied des Stadtrates ist und ihm persönlich die Angelegenheit keinen unmittelbaren Vorteil bringt.

Herr Kinne erklärt folgendes. Die Kreisverwaltung legt nicht die Norm für das Bad fest. Die DIN gibt es deutschlandweit und es ist zur Zeit keine Änderung abzusehen, denn viele hundert Bäder in Deutschland haben keine Aufbereitungsanlagen. "Das ist eine klare Sache, da wird nichts passieren. Sonst würden wir das nicht machen." Mit absoluter Sicherheit kann er natürlich auch nicht sagen, dass das lebenslang so bleibt. Vielleicht wird es irgendwann einmal die Forderung geben. Aber dann müssen deutschlandweit die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass das Geld für den Bau von Aufbereitungsanlagen bereitgestellt wird.

Herr Koch stellt fest, dass die Bedenken von Herrn Peche völlig berechtigt sind. Trotzdem wird er dem Beschluss aus 2 Gründen zustimmen. Die Stadt hat die Bäder an die Vereine übergeben, um letzten Endes das Problem des Angebotes aufrechtzuerhalten. Damit wurde von Beginn an, auch die Unterstützung für die nächsten Jahre zugesagt. Für den Fall, dass die Stadt weiterhin voll verantwortlich für das Bad in Grillenberg wäre, würde man auch vor der Frage stehen, wie es damit weitergeht. Es müsste investiert, renoviert und instandgesetzt werden. Er fragt Herrn Schuster als Kämmerer, ob man die Maßnahme als Verpflichtungsermächtigung aufnehmen könnte, ohne gegen bestehende Beschlüsse zu verstoßen. Er stellt fest, dass die Anmerkung wegen Mitwirkungsverbot nicht unberechtigt ist. Es geht ihm seit langem durch den Kopf, inwieweit Beschlüsse dadurch gefährdet werden. Das muss geprüft werden.

Herr Kinne antwortet darauf, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen wird.

Herr Koch betont, dass er das nicht persönlich gemeint hat. Es geht um höchstmögliche Rechtssicherheit. Das Mitwirkungsverbot bezieht sich auf Personen, unabhängig davon, ob sie einen persönlichen Vorteil oder Nachteil haben, sondern auch indirekt. Es geht bis zum 3. Verwandtschaftsgrad, außer es hat Gruppencharakter. Er weist noch einmal darauf hin, dass optimistisch nach vorn geschaut werden muss. Die Mittel stehen zur Verfügung und sollten in die Hand genommen werden, um die Maßnahme zu realisieren.

Herr Peche betont, dass er nicht zum Ausdruck gebracht hat, dass die Mittel nicht dorthin sollen. Seine Fraktion hat lediglich dazu aufgefordert, noch einmal darüber zu beraten, sodass danach rechtlich nichts in eine falsche Richtung läuft. Es sollte das eine nach dem anderen abgearbeitet werden. Zuerst sollte der Bäderzuschuss geklärt werden und man muss genau wissen, was auf die Stadt zukommt, dann ist es möglich, den Beschluss zu fassen.

Herr Strauß möchte 2 Dinge klarstellen. Zum einen besteht nicht die Möglichkeit, die Angelegenheit in 1. Lesung zu behandeln. Bis zum 28. Februar muss die Stadt darlegen, dass die Finanzierung der Maßnahme gesichert ist. Dafür ist ein Stadtratsbeschluss erforderlich. 2.) ist es definitiv richtig, dass, wenn der Stadtrat den Beschluss heute fasst, nicht nur über die 50 T€ als Zuschuss entschieden wird, sondern auch darüber, dass für mindestens 5 Jahre (Bindefrist für die Fördermittel) auch der Zuschuss von jährlich 30 T€ weitergezahlt werden muss. Das sind die Tatsachen, worüber heute zu entscheiden ist.

Herr Schuster sieht nach erster formaler Prüfung in dieser Angelegenheit, gemäß § 33 Abs.1 KVG LSA, kein Mitwirkungsverbot. Herr Kinne ist im Ehrenamt tätig, als Mitglied des Vereins. Eine Entscheidung dieser Angelegenheit bringt ihm persönlich keinen unmittelbaren Vorteil. Aus diesem Grund verneint Herr Schuster das Mitwirkungsverbot. Die Maßnahme in eine Verpflichtungsermächtigung zu schieben, ist haushaltsrechtlich nicht machbar, denn diese wurden mit der Haushaltssatzung und somit für das Finanzplanjahr bereits festgelegt.

Frau Liesong informiert, dass in der Sitzung des Schul- und Sozialausschusses moniert wurde, dass keine jährlichen Folgekosten angegeben wurden. Der Oberbürgermeister hat die jährlichen Folgekosten soeben bestätigt. Sie wünscht sich für die Zukunft, dass die Zahlen in die Vorlagen eingetragen werden. Es handelt sich hierbei um keine unerhebliche Summe, für die sich die Stadt verpflichtet. Außerdem wurde im Ausschuss nach den Besucherzahlen der Bäder der Stadt gefragt. Sie hatte gehofft, dass sie heute zum Beschluss auch diese Zahlen erhält. Leider ist das nicht passiert.

Frau Franke bedauert das. Die Zuarbeit vom Fachbereich ist nicht erfolgt. Mit dem Protokoll werden die Besucherzahlen nachgereicht.

Herr Kotzur kann die einen oder anderen Bedenken verstehen. Vor einigen Jahren wurde hier darüber beraten und mehrheitlich beschlossen, den Vereinen die Bäder zur Bewirtschaftung zu übergeben. Ansonsten wären diese heute geschlossen. Er betont noch einmal, wie in vielen Sitzungen davor, "Hochachtung dafür, was die Vereine in Grillenberg, Wippra und Wolfsberg leisten". Der Stadtrat hat auch mehrheitlich beschlossen, zur Bewirtschaftung der Bäder jeweils 30 T€ jährlich in den Haushalt einzustellen. Es gab damals sogar die Diskussion, nicht die 30 T€ festzuschreiben, sondern, falls Gewinne erzielt werden, diese in den Haushalt zurückzuführen. Er zieht den Hut davor, was der Verein in Grillenberg auf sich nimmt. Hier übernimmt ein Verein die Verantwortung für die gesamte Stadt, um nicht nur eine Badestelle, sondern eine touristische Einrichtung (Hotel, Bad, Caravan- und Campingplatz) zu entwickeln, die der Gesamtstadt und dem ganzen Landkreis gut zu Gesicht steht. Das Engagement des Vereins sollte nicht durch zu viele Bedenken eingeschränkt werden. Wenn der Beschluss heute gefasst wird, sind die Mittel in diesem Jahr zu verbauen, d.h. eine Badesaison fällt aus und 30 T€ Bewirtschaftungskosten werden eingespart. Unterm Strich beträgt der Zuschuss der Stadt dann noch 20 T€. Bei all den sachlichen und durchaus kritischen Fragen, sollte das Projekt LEADER und Grillenberg nicht gefährdet werden. Das wäre kontraproduktiv.

Herr Oster begründet, warum seine Fraktion dem Projekt zustimmen wird. Im Fokus steht nicht ein Freibad in einem kleinen Ortsteil, sondern die touristische Einrichtung im Gesamten. Hotelbetreiber z.B., die sich für Sangerhausen interessieren, gehen von den Übernachtungszahlen der ganzen Stadt aus. Allein die Übernachtungszahlen des Ortsteils Grillenberg sind enorm. Sie liegen sogar im fünfstelligen Bereich.

Herr Kinne präzisiert die Zahl. Es handelt sich um 12.500 Übernachtungen.

Herr Oster informiert, dass es in der gesamten Stadt ungefähr 65.000 Übernachtungen gab. Jede Übernachtung mehr, kann zur Weiterentwicklung des Hotelbetriebes in der Stadt beitragen. Solitär betrachtet, geht es hier um eine große Summe, aber im Verhältnis zu den gesamten Investitionen, ist es eher eine kleine. Er zieht auch den Hut vor den ehrenamtlich Tätigen, dass diese bereit sind, eine solche Maßnahme zu stemmen. Das ist in einer außerordentlichen Form anerkennenswert und deshalb unterstützt seine Fraktion das Vorhaben.

Frau Rauhut stellt klar, dass der Ortsteil Grillenberg den Betriebskostenzuschuss von 30 T€ in diesem Jahr nicht bekommt, da das Bad geschlossen bleibt. Sie weist darauf hin, dass 60 T€ für die Ortsteile eingestellt sind. Davon soll Grillenberg 50 T€ bekommen. Sie versteht die Diskussion nicht, weil alle Ortsteile damit einverstanden waren und niemand ein Veto eingelegt und eigene Ansprüche geltend gemacht hat.

Herr Strauß weist darauf hin, dass nicht 60 T€ für die Ortsteile sondern für LEADER-Maßnahmen in den Ortsteilen eingestellt sind.

Herr Hüttel informiert, dass dieses Thema noch einmal im Stadtrat oder Hauptausschuss beraten wird, weil eine 320 T€-Grundsuld auf einem Grundstück der Stadt Sangerhausen eingetragen werden muss. Das steht leider nicht in der Vorlage. Er ist dafür, weil er zu diesem Projekt steht. Es muss aber zur Klarheit gesagt werden, dass man sich heute auch für eine 5 Jahre andauernde Eintragung dieser Grundsuld entscheidet. Die Grundsuld belastet letzten Endes die Stadt Sangerhausen und nicht den Verein.

Herr Peche findet es bedenklich, dass es alle Nachredner so dargestellt haben, als hätte seine Fraktion etwas gegen diese Maßnahme. Seine Fraktion hat vorhin im Zusammenhang mit der Bäumeaktion, dem Vorsitzenden der BOS-Fraktion angeboten, enger zusammenzuarbeiten. Es wurde die Gründung eines Rats-Stammtisches angeregt, um näher zusammenzukommen. Er hat als erstes, Hochachtung für die gesamte Maßnahme und für alles, was mit dem Bad zu tun hat, zum Ausdruck gebracht. Das hat er nicht nur auf Grillenberg sondern auch auf Wippra und Wolfsberg bezogen. Seine Fraktion erkennt das in Größenordnung an. Wenn es aber rechtliche Bedenken gibt, sollte das der Rat prüfen und einen Schritt vor dem anderen tun. Er betont, dass die Räte alle das Gleiche wollen, dass es Sangerhausen und seinen Ortsteilen so gut wie möglich geht. Da gibt es auch manchmal unterschiedliche Meinungen. Er bittet darum, manche Sachen nicht bewusst falsch zu verstehen. Die B.I.S./FBM-Fraktion zieht ihren Antrag auf 1. Lesung zurück, da nicht bekannt war, dass zum 28.02. diese Förderung ausläuft.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt, von den im Haushaltsplan 2018 für LEADER Projekte veranschlagten 60.000 €, 50.000,00 € als Zuschuss für die Sanierung des Waldbades im Ortsteil Grillenberg zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig stimmt der Stadtrat den außerplanmäßigen Auszahlungen unter dem Produkt 42400100 Sportstätten und Bäder, Sachkonto 01410000 – Immaterielle Vermögensgegenstände aus geleisteten Zuwendungen, Maßnahmenummer 424001M00006 für die Sanierung Waldbad Grillenberg in Höhe von 50.000,00 € zu. Die Deckung erfolgt aus dem Produkt 51100100 – Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Sachkonto 01410000 - Immaterielle Vermögensgegenstände aus geleisteten Zuwendungen, Maßnahmenummer 511001M00010.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 25
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 7

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6-35/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

Pause von 17:50 Uhr bis 18:06 Uhr

18:00 Uhr

Herr Polster geht = 31

6.7 Satzung der Stadt Sangerhausen über die Erhebung der Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung)

Der überarbeitete Kostentarif zur Satzung wurde vor der Ratssitzung zum Austausch verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 23.02.2018 zugeschickt.

Begründung: Frau Brenneiser

Herr Koch verweist auf die Vorberatung in den Ausschüssen und darauf, dass von einer sehr großen Anzahl der Stadträte Bedenken, generell zur Erhöhung der Verwaltungsgebühr, geäußert wurden. Den genannten Gründen schließt er sich vollumfänglich an. Insbesondere wurde bemängelt, dass keine Gebührenkalkulation zugrunde liegt und man sozusagen, den Bedarf der Erhöhung nicht begründen kann. Zum Vergleich nennt er Beispiele aus dem Umkreis. In der Stadt Eisleben z.B., wurde die aktuelle Satzung 2012 beschlossen und durch Recherche konnte er ermitteln, dass keine Änderung in den nächsten Monaten geplant ist. Er fragt, warum das in der Stadt Sangerhausen vorgenommen werden soll und ob es außer den gesetzlichen Regelungen, die genannt wurden, eine Veranlassung gibt. Aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept geht nicht hervor, dass es eine Verpflichtung dazu gibt. Er fragt den Oberbürgermeister, warum er das als Verwaltungsleiter einbringt und zitiert aus dessen Wahlprogramm zur Oberbürgermeisterwahl 2017, in dem er Einzelmaßnahmen zur Erhöhung von Steuern und Gebühren ablehnt. Herr Koch lehnt auch jegliche Erhöhungen von Gebühren ab. In der Stadt Eisleben sind ca. 85 Prozent der Positionen so, wie sie in der derzeit gültigen Satzung von Sangerhausen festgesetzt sind. Warum will die Stadt hier ein unsinniges Wettrennen in Gang setzen? Er schlägt vor, eventuell einzelne Positionen aufzuzeigen, für die es tatsächlich begründete Mehraufwendungen gibt und die Stadt zuschießt. Er lehnt die Vorlage ab und fordert dazu auf, seinem Beispiel zu folgen und die Verwaltung mit einer Überarbeitung zu beauftragen.

Herr Strauß möchte nur auf die inhaltlichen Punkte eingehen. Es ist richtig, dass die Verwaltungskostensatzung nicht Gegenstand des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ist, da es hier um alltägliches, nach gesetzlichen Normen sich richtendes Verwaltungshandeln geht. Die gesetzlichen Regelungen in Deutschland sind u.a. ganz sicher eine Maßgabe seines Handelns. Der Vergleich mit der Stadt Eisleben und anderen Gemeinden sollte nicht nur dann selektiv erfolgen, wenn es gerade gut passt, sondern auch dann, wenn es um Kita-Gebühren u.ä. geht. Es sollte natürlich das, was realistisch ist, auch durchgesetzt werden, damit die Stadt mit dem wenigen Geld, das zur Verfügung steht, notwendige Dinge, wie z.B. die Sanierung der Spielplätze realisieren kann. Einnahmen, die rechtlich notwendig sind, müssen generiert werden, um die Ausgaben leisten zu können. Das hat mit Haushaltskonsolidierung oder strukturellen Defiziten relativ wenig zu tun.

Herr Hüttel wirft Herrn Strauß vor, dass er hier "horizontale Verteilungskämpfe formuliert". Zum Politischen Aschermittwoch hat der Oberbürgermeister alles richtig gemacht, indem er

aufgezeigt hat, wie es uns in den Kommunen geht und jetzt so etwas? Er ist definitiv nicht bereit, diese horizontalen Verteilungskämpfe mitzumachen.

Herr Peche betont, dass seine Fraktion dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen wird. Frau Brenneiser hat die Gründe dafür in ihrer Begründung selbst genannt. 'Durch höhere Lohnkosten muss die Satzung angeglichen werden.' Natürlich ist die B.I.S./FBM-Fraktion für eine Angleichung der Löhne, aber das dann wieder auf den Bürger herunter zu dividieren, damit ist die Fraktion nicht einverstanden. Das geht so nicht. Es muss so effizient wie möglich gearbeitet werden, als Rat und als Verwaltung. Er schließt sich Herrn Koch an und sagt: "Wenn es Gründe gibt, dass wir die Kosten erhöhen müssen, dann kalkulieren Sie das durch und zeigen uns, wo es gemacht werden muss. Aber willkürlich bis zum 3-fachen erhöhen, das können wir unseren Bürgern nicht klar machen." Er weist darauf hin und mahnt an, dass dann auch mehr Einwohner vom "rechten Rand" hier sitzen werden. In der Region hat schon jeder Vierte diese Partei gewählt und das wird nicht weniger und deshalb sollte man gerade mit Gebührenerhöhungen und ähnlichen Sachen sehr sensibel umgehen und Fakten bringen. Wenn die Erhöhungen in den einzelnen Positionen nachgewiesen werden können, dann kann man nichts dagegen sagen.

Herr von Dehn Rottfeller stellt 1.) fest, dass es für jeden klar ist, dass Kosten erhoben werden müssen. Er mahnt an, dass die Gesamtkosten, die bisher durch Verwaltungskosten entstanden sind, in der Vorlage fehlen. Die Einnahmen, die die Stadt durch Kostenerstattungen hat, sind auch nicht eingetragen. Gerade im Rahmen der Doppik ist hier eine einfache Excel-Tabelle zu führen und dem Rat vorzulegen. 2.) spricht er die vielen Punkte an, die nach Zeitaufwand abgerechnet werden. Er verweist auf die Anlage 1, in der die Stundensätze nach Entgeltgruppen aufgeführt sind. Um das Ganze transparent zu machen, ist es notwendig, dass mit einem einheitlichen mittleren Kostensatz für alle Tätigkeiten, die innerhalb der Verwaltung anfallen, gerechnet wird. Er beantragt im Namen der BOS-Fraktion eine 1. Lesung, um der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, die fehlenden Sachen nachzuarbeiten und vorzulegen.

Herr Milde fragt 1.) nach dem Unterschied zwischen der Rücknahme einer Amtshandlung und deren Widerruf. 2.) heißt es unter 15.2, dass der Bürger auch dann zahlen soll, wenn eine Amtshandlung zurückgenommen wird, wenn er keine Veranlassung dafür gegeben hat. 3.) gibt es seit 2009 ein geändertes Personenstandsrecht, nach dem ein Großteil von Personenstandsurkunden in die Archive ausgelagert werden. Eine Sterbeurkunde (Sterbefall aus den letzten 30 Jahren) kostet beim Standesamt 10 Euro und im Stadtarchiv nicht einmal die Hälfte. Dafür gibt es keine sachliche Rechtfertigung. Hier sollte eine Angleichung, ausnahmsweise nicht nach unten, sondern nach oben erfolgen.

Frau Brenneiser erklärt zu 3.), dass es sich bei der Ausstellung nach Personenstandsgesetz beim Standesamt um eine Sache im übertragenen Wirkungskreis handelt. Aus dem Archiv erhält man eine beglaubigte Kopie im Rahmen des eigenen Wirkungskreises. Zu 2.) verdeutlicht sie rein hypothetisch, am Beispiel des Straßenausbaubeitragsbereiches, warum die Verwaltung diese Verwaltungsgebühren, die der Kommune als Aufwand entstanden sind, in die Satzung aufnimmt.

Herr Milde hat keine Antwort auf seine Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, die Gebühren anzupassen, vernommen. Gerade deshalb, weil es eine Aufgabe der übertragenen Zuständigkeit ist und das Geld woanders hin fließt. Warum sollen die eigenen Gebühren für dieselbe Leistung dafür niedriger sein? Es gibt keinen sachlich nachvollziehbaren Grund für eine Ungleichbehandlung hinsichtlich der Kosten. Auch wenn es in Bezug auf die Kosten und Fälle, viele Arten der Differenzierungen gibt, gilt in der gesamten Rechtspraxis der Grundsatz, dass man, wenn man am Ende Recht bekommt, auch nichts zu bezahlen hat. Das muss in irgendeiner Weise zum Ausdruck kommen.

Frau Brenneiser betont, dass einzelne Gebühren auch nach oben korrigiert werden können, wenn das gewünscht wird. Es müssen aber Beglaubigungen auch in vielen anderen Bereichen berücksichtigt werden.

Herr Oster bringt zum Ausdruck, dass er den Antrag auf 1. Lesung unterstützt. Es sind viele Punkte offen. Auch er spricht den Punkt 15.2 an, 'Widerruf einer Amtshandlung ohne, dass der betroffene Anlass dazu gegeben hat'. Das ist gut für die Verwaltung, aber sehr bürgerunfreundlich. Allein wegen diesem Punkt würde er der Satzung nicht zustimmen. Wer Fehler macht, muss auch dafür geradestehen. Die Verwaltung ist für den Bürger da und nicht umgekehrt.

Herr Koch spricht Herrn Milde an. Es ist nicht zu verstehen, dass hier ein Stadtrat anregt, Gebühren zu erhöhen. Die Befürworter berufen sich in der Diskussion auch auf die Landesregelung, die eine Angleichung anstrebt. Bei der Betrachtung der Personalkosten als wesentliche Position, muss man bedenken, dass die Besoldung auf Landesebene höher ist, deshalb sollte nicht auf dieses Niveau angeglichen werden. Hier handelt es sich um andere Maßstäbe. Er hat ein Problem damit, dass der Staat generell von seinen Bürgern Gebühren verlangt, wenn sie Auskünfte und Beglaubigungen für andere Behörden einholen. Die Bürger zahlen Steuern. Damit müsste das beglichen sein.

Herr Kotzur hatte gehofft, dass die Austauschseiten Änderungen beinhalten. Das ist leider nicht der Fall. Im Haupt- und im Finanzausschuss hatte er folgende Frage gestellt, auf die er bis jetzt keine Antwort erhielt. Im Punkt 3 "Publikation für private Zwecke, kommerzielle Nutzung, Fernsehproduktionen usw." liegen die Gebühren im Maximum mit 125 €. Wenn aber ein Bürger z.B. eine Bescheinigung für die Echtheit einer Urkunde, die er benötigt, um sie evtl. ins Ausland senden zu können, beantragt, liegt das Maximum bei 151 €. Warum ist es nicht möglich, dass für private oder kommerzielle Zwecke mehr bezahlt wird, als für notwendige Sachen, die die Bürger benötigen?

Frau Brenneiser antwortet, dass das natürlich möglich ist. Schon im gestrigen Hauptausschuss hat sie gesagt, dass man sich an der Satzung der Stadt Halle orientiert hat, da dieser Fall neu ist. Sie ist offen für alle Vorschläge.

Herr Hüttel spricht sich gegen den Antrag auf 1. Lesung aus, da die allgemeine - und die Rechtsposition der Verwaltung in allen Ausschüssen und hier im Rat deutlich dargelegt wurde. Eine 1. Lesung würde nichts bringen.

Abstimmung über den Antrag auf 1. Lesung (BOS-Fraktion)

Ja-Stimmen	=	12
Nein-Stimmen	=	16
Stimmenenthaltungen	=	1

2 Stadträte haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Damit ist der Antrag auf 1. Lesung mehrheitlich abgelehnt.

Herr Hüttel stellt einen Geschäftsordnungsantrag. Im Namen der Fraktion DIE LINKE. beantragt er eine namentliche Abstimmung.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Peche, stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung der Stadt Sangerhausen über die Erhebung der Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung).

namentliche Abstimmung über die Beschlussvorlage

Herr Sven Strauß	Oberbürgermeister	ja
Herr Thomas Klaube	CDU	ja
Herr Udo Lucas	CDU	ja
Frau Regine Römmisch	CDU	ja
Herr Holger Scholz	CDU	ja
Frau Regina Stahlhacke	CDU	ja
Herr Reinhard Windolph	CDU	ja
Frau Daniela Hahn	DIE LINKE.	nein
Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.	nein
Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.	Enthaltung
Frau Christine Kümmel	DIE LINKE.	nein
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.	nein
Herr Günter Prause	DIE LINKE.	Enthaltung
Frau Karoline Spröte	DIE LINKE.	nein
Herr Dr. Ernst-Hubert Axthelm	B.I.S. / FBM	nein
Herr Mike Bösel	B.I.S. / FBM	nein
Frau Gesine Liesong	B.I.S. / FBM	nein
Herr Klaus Peche	B.I.S. / FBM	nein
Herr André Reick	B.I.S. / FBM	nein
Herr Siegmund Hecker	BOS	nein
Herr Volker Kinne	BOS	Enthaltung
Herr Bert Mrozik	BOS	nein
Frau Monika Rauhut	BOS	nein
Herr Helmut Schmidt	BOS	nein
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser	BOS	nein
Frau Christine Block	SPD / DIE GRÜNEN	Enthaltung
Herr Norbert Jung	SPD / DIE GRÜNEN	Enthaltung
Herr Arndt Kemesies	SPD / DIE GRÜNEN	Enthaltung
Herr Mario Milde	FDP	nein
Herr Harald Oster	FDP	nein
Herr Harald Koch	fraktionslos	nein

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 7
Nein-Stimmen = 18
Stimmenenthaltungen = 6

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich abgelehnt und wird unter der **Beschluss-Nr. 7-35/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag der Beschlussfassung

18:40 Uhr
Herr Jung geht = 30

Herr Koch stellt einen Geschäftsordnungsantrag. Er fragt im Namen der Einwohner, ob sich der neue Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen, Herr Knobloch, persönlich vorstellen möchte.

Herr Knobloch stellt sich persönlich vor.

6.8 Widmung der Wilhelm-Schmied-Straße in Sangerhausen

Begründung: Herr Knobloch

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Peche, stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt, die Flurstücke 2048 und 2009, Flur 4, Gemarkung Sangerhausen für den öffentlichen Verkehr zu widmen.

Festsetzungen:

- 1. Klassifizierung:
Die bezeichnete Straße ist eine Gemeindestraße gem. § 3 Abs.1 Pkt. 3 Straßengesetz Land Sachsen-Anhalt.*
- 2. Funktion:
Die Straße ist eine Anliegerstraße (gem. Definition Straßenausbaubeitragssatzung).*
- 3. Träger der Straßenbaulast:
Die Stadt Sangerhausen ist der Straßenbaulastträger.*
- 4. Widmungsbeschränkungen :
keine*

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	29
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 8-35/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

6.9 Schließung des Jugendraumes in Morungen

Fotos vom Objekt wurden vor der Ratssitzung an die Fraktionsvorsitzenden und Herrn Koch verteilt.

Begründung: Herr Bößenroth

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Peche, stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Schul- und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Der Ortschaftsrat Morungen stimmte der Beschlussvorlage zu.

Herr Kotzur hatte im gestrigen Hauptausschuss bereits folgenden Antrag gestellt. Es gibt ein Jugendkonzept, einen Streetworker und eine Einschätzung des Ortschaftsrates. Er möchte nicht über die Köpfe des Ortschaftsrates von Morungen hinweg entscheiden, aber man sollte es sich trotzdem nicht so einfach machen. Im Schul- und Sozialausschuss wurde zwar gesagt, dass ein Raum zur Verfügung gestellt wird, wenn neuer Bedarf da ist. Trotzdem sollte sich der Rat dazu konkreter positionieren. Er stellt im Namen der Fraktion DIE LINKE. den Antrag, den Beschlusstext folgendermaßen zu ändern bzw. zu ergänzen.

"Der Stadtrat beschließt die Schließung des ehemaligen Jugendraumes im Ortsteil Morungen. Das gesamte Objekt ist somit dem Verkauf zuzuführen. Dem Stadtrat ist in Zusammenarbeit mit dem Ortschaftsrat ein erneuter möglicher Bedarf an Räumlichkeiten für Jugendarbeit in der Ortslage Morungen anzuzeigen. Diese Prüfung soll jährlich erfolgen. Über das Ergebnis der Prüfungen ist der Schul- und Sozialausschuss zu informieren."

Herr Strauß erklärt, dass die Verwaltung, den schon gestern gestellten Antrag übernimmt, und das Wort '**ehemalig**' in den Beschlusstext einfügt. Es handelt sich wirklich nicht um einen Jugendraum sondern um eine alte Holzbaracke mit einem alten Holzofen. Er hat großes Vertrauen zu den Ortsbürgermeistern und Stadträten und ist deshalb davon überzeugt, dass die Signale ankommen, wenn sich die Situation in Morungen drastisch ändert. Er versichert, dass das Thema dann wieder in den Stadtrat kommt. Die Verwaltung jährlich darüber berichten zu lassen, hält er für nicht erforderlich und angemessen. Er bittet darum, den Antrag noch einmal zu überdenken.

Herr Kotzur erklärt, dass seine Fraktion an dem Antrag festhält.

Frau Liesong weist darauf hin, dass sowohl in der vorigen, als auch in der jetzt behandelten Vorlage, die Angaben über die finanziellen Auswirkungen fehlen. Die Stadt ist für die Beräumung zuständig, die mit Sicherheit viel Geld kostet. Es sei denn, im Beschlusstext steht, 'gekauft wie gesehen'.

Herr Bößenroth informiert, dass der Außenbereich schon gesäubert ist. Er bezweifelt, dass der Kaufpreis erzielt wird, wenn der Müll im Objekt bleibt. Durch die Entwidmung entfallen erst einmal die gesamten Anschlusskosten. Die Kosten kann man im Moment nicht beziffern. Der Müll muss auch ohne Verkauf entsorgt werden.

Herrn Hüttel erschließt sich nicht die Begründung des Oberbürgermeisters gegen den Vorschlag seiner Fraktion. Natürlich soll die Jugendarbeit in den gesamten Ortsteilen und der Kernstadt stattfinden. Das ist ganz normale Verwaltungstätigkeit. Der Streetworker hat die Zahlen. Wenn das die Jugendlichen nicht wert sind, tut es ihm leid.

Herr Strauß teilt die Aussage von Herrn Hüttel nicht, dass der Streetworker dafür übermäßig Zeitkapazitäten hat und er bedauert, wenn er nicht so verstanden wird, wie er es sagt.

Frau Kümmel sieht die Tätigkeit eines Streetworkers in der Öffentlichkeit. Das bedeutet: in allen Ortsteilen, egal wie viele Jugendliche es dort gibt. Herr Kotzur hat das Konzept über die Jugendarbeit bereits angesprochen. Es sollte geprüft werden, inwieweit dieses realisierbar ist.

Herr Strauß stellt fest, dass alle dasselbe wollen. Mit dieser Klausel im Beschlusstext ist das aber nicht zu erreichen. Hier handelt es sich im Prinzip nur um eine Formalie (Wiedervorlage), die der Sache nicht gerecht wird.

Frau Kümmel erklärt, dass die jährliche Erhebung dazu dienen soll, den Bedarf festzustellen, ob die Jugendlichen wieder einen Raum benötigen. Sie versteht nicht, warum das so kompliziert ist. Es sollte auch darüber nachgedacht werden, dass Jugendeinrichtungen nicht im Selbstlauf funktionieren. Ohne Hilfe und Kontrolle geht das nicht.

Herr Koch vermutet, dass in der Stadtverwaltung das Problem Jugendarbeit mehr passiv gesehen wird. Er sieht die Verantwortung einer Kommune darin, nach Angeboten zu suchen und diese zu unterbreiten.

Herr Kemesies betont noch einmal, dass der Ortschaftsrat Morungen die Schließung angeregt und der Vorlage zugestimmt hat und dass das ein wichtiger Fakt ist, den man in der ganzen Diskussion nicht vergessen sollte.

Herr Schmidt kann die ganze Diskussion nicht verstehen. Es liegt eine einfache Beschlussvorlage vor. Es soll ein Raum geschlossen werden, der nicht mehr genutzt wird und schon lange zu ist. Alle haben das mitverfolgt und gewusst, dass sich dort Müll ansammelt. Eigentlich sollten 2 Beschlüsse gefasst werden, 1.) zum Verkauf des Grundstückes und 2.) eine klare Ansage (auch vom Ortsbürgermeister), wenn Jugendliche da sind, bekommen diese einen Raum zur Verfügung gestellt. Das war die klare Antwort im gestrigen Hauptausschuss. Am Beispiel des Jugendklubs Riestedt zeigt er auf, dass die Jugendarbeit nur funktioniert, wenn man miteinander arbeitet. Wichtig ist, dass bei Bedarf ein Raum zur Verfügung steht.

19:10 Uhr

Frau Stahlhacke geht = 29

Herr Kemesies lässt über den Antrag der Fraktion DIE LINKE., den Beschlusstext folgendermaßen zu ändern bzw. zu ergänzen, abstimmen.

"Der Stadtrat beschließt die Schließung des **ehemaligen** Jugendraumes im Ortsteil Morungen. Das gesamte Objekt ist somit dem Verkauf zuzuführen. **Dem Stadtrat ist in Zusammenarbeit mit dem Ortschaftsrat ein erneuter möglicher Bedarf an Räumlichkeiten für Jugendarbeit**

in der Ortslage Morungen anzuzeigen. Diese Prüfung soll jährlich erfolgen. Über das Ergebnis der Prüfungen ist der Schul- und Sozialausschuss zu informieren."

Abstimmung über den Antrag auf Erweiterung des Beschlusstextes
(Fraktion DIE LINKE.)

Ja-Stimmen = 8
Nein-Stimmen = 19
Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die Schließung des ehemaligen Jugendraumes im Ortsteil Morungen. Das gesamte Objekt ist somit dem Verkauf zuzuführen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 21
Nein-Stimmen = 1
Stimmenenthaltungen = 7

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 9-35/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

19:13 Uhr
Frau Römmisch geht = 28

19:15 Uhr
Frau Hahn geht = 27

6.10 Umgestaltung Ernst-Thälmann-Straße im Rahmen des Programms Stark V

Die Beschlussvorlage wird als Informationsvorlage behandelt. (siehe TOP 2.)

Herr Knobloch geht auf den Inhalt der Begründung der Vorlage ein und weist auf einen Übertragungsfehler hin. Die Zuschüsse von 2.378.304,00 Euro (Seite 3) beziehen sich auf das Gesamt-Stark-Projekt. "Für dieses Projekt kommen auf die Stadt Sangerhausen keine Kosten zu und damit auch nicht auf die Anlieger." In den Ausschüssen fanden bereits umfangreiche Diskussionen zur Thematik statt. Der Bauausschuss hat sich klar dazu positioniert, möglichst wenige Baumfällungen vorzunehmen. Die Verwaltung berücksichtigt das. Die Fraktionen haben sich dazu geäußert und viele Anlieger beteiligten sich an der Anliegerauslegung. Aufgabe der Verwaltung ist, alle Anregungen aufzunehmen, den Plan zu überarbeiten und einen neuen Entwurf vorzulegen. Ein Verfahren wurde entwickelt. In den Fachausschüssen finden dazu weitere Beratungen statt und es wird eine Bürgerinformationsveranstaltung veranstaltet. Geplant ist eine gemeinsame Sitzung des Sanierungsausschusses und des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt mit einer Vor-Ort-Begehung, zusammen mit den Planungsbüro. Ziel ist, in der Mai-Ratssitzung das Gesamtergebnis vorzustellen, darüber zu beraten und zu beschließen.

Herr Kemesies erinnert an die konkreten Anfragen der Einwohnerin Frau Kerstin Tacke, die wissen wollte, 1. in welcher Planungsphase sich die Maßnahme befindet und 2.) warum die Umgestaltung überhaupt stattfinden soll.

Herr Knobloch erklärt zu 1.), dass es sich noch nicht um eine formale Planungsphase, sondern lediglich um einen ersten Vorentwurf handelt. Die Maßnahme befindet sich noch nicht in der Ausführungsplanung. In der jetzigen Diskussionsphase, besteht noch die Möglichkeit, etwas zu gestalten. 2.) verweist er auf das Förderrecht. Das Land darf den Kommunen nicht einfach das Geld zur Verfügung stellen. Die Förderung ist mit gewissen Auflagen verbunden. Eine Auflage ist, die Straße so umzugestalten, dass sie den Charakter einer Stadtstraße bekommt. Der Lärmpegel soll gesenkt und die Lebensqualität soll erhöht werden. "Es wird keinen Radikalumbau der Thälmannstraße geben."

Herr Oster stellt fest, dass bisher über die 'geplanten' Kosten geredet wird. Nach Aussage von Herrn Knobloch, kostet die Umgestaltung der Stadt nichts. Er möchte wissen ob die Straße dann kürzer wird o.ä., falls die Kosten steigen.

Herr Knobloch kann nach dem derzeitigen Stand nur sagen, dass es Ziel ist, das Fixum an Geld nicht zu überschreiten. Darüber wurde auch mit dem Planungsbüro gesprochen. "Wir versuchen mit dem zur Verfügung stehenden Geld die Thälmannstraße von der Polizei bis zum Bahnhof in behutsamer Weise zu machen." Was dann noch zu realisieren ist, kann man derzeit nicht sagen, da die Detailplanung nicht vorliegt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht vorzusehen, ob das Geld ausreicht. Das muss zu gegebener Zeit diskutiert werden.

Herr Oster fragt, ob er folgendes richtig verstanden hat. Um einen Mehrwert nicht nur auf einem Teilstück zu erreichen, sondern um insgesamt Knotenpunkte zu verändern, müsste die Hüttenstraße und die Hasentorbrücke bis zur Franz-Heymann-Straße umbenannt werden in Thälmannstraße, um die Fördermittel dort einsetzen zu können. (*Er erwartet darauf keine Antwort.*) Es fehlt ihm die schriftlich bestätigte Aussage, dass die Fördermittel nicht übertragbar sind. Im Hortbereich war es auch möglich, den Änderungsbeschluss von einer Renovierung in einen Neubau vom Standort X zum Standort Y herbeizuführen. Er plädiert für eine schriftliche Anfrage, ob eine Änderung der Maßnahme möglich wäre. Es gibt Brennpunkte, die es wirklich nötig haben. Da sollten die wenigen Gelder gut überlegt eingesetzt werden.

Herr Strauß möchte die Anregung, andere wichtige Brennpunkte zu betrachten, inhaltlich nicht bewerten. Die Entscheidung hätte man treffen müssen, bevor beschlossen wurde, 130 T€ für die Planung der Thälmannstraße zu investieren. Heute ist es zu spät.

Herr Peche bedankt sich für die Ausführungen von Herrn Knobloch. Das ist die Grundlage und der Weg für eine gute gemeinsame Zusammenarbeit und man sollte nach vorn und nicht zurück schauen. Der Rat ist selbst schuld. "Ein ehemaliger Fraktionsvorsitzender ist aufgestanden und hat zum Stark V - Programm mitgeteilt, dass die und die Objekte kommen und da war die Thälmannstraße dabei." Vielleicht war es nur eine Information, aber über die Tragweite wurde damals noch nicht ausreichend nachgedacht. Nun befindet sich die Sanierung der Straße in der Planungsphase. Um die Fördermittel nicht ganz zu verlieren, sollte für die Bevölkerung etwas Positives daraus gemacht werden und dafür muss in der Vorplanung alles berücksichtigt werden, was dazu eingebracht wurde. Wichtig ist dabei Transparenz und ein gemeinsames Herangehen.

19:24 Uhr

Herr Hecker geht = 26

7. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung

7.1 Annahme eines Vergleiches

7.2 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz

19:36 Uhr

Herr Reick geht = 25

8. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Kemesies stellt die Öffentlichkeit wieder her. Niemand betritt den Saal. Er informiert, über den im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschluss mit der Nr. 10-35/18.

Um 19:50 Uhr beendet der 1. Vertreter des Stadtratsvorsitzenden, Herr Kemesies die Sitzung.

gez. Simone Jung
Protokollführerin

gez. Arndt Kemesies
1. Vertreter des Vorsitzenden des Stadtrates